

nur bestätigen. Es gibt viele Partnerschaften zwischen Kommunen und Landkreisen in beiden Ländern, die auch gelebt werden. Nur das hat Sinn: Partnerschaft muss gelebt werden. Ein Polenbeauftragter, bei wem auch immer angesiedelt, kann das gar nicht bewegen im breiten Land.

Einen Ansprechpartner für alle Fragen zu haben - warum nicht? Es fragt sich bloß, ob das jetzt wirklich notwendig ist.

Ich kann nicht verstehen, wieso Sie die Frage nach der Vorfinanzierung stellen. Es steht fest, dass bis zum Jahr 2020 das Land Brandenburg diese Vorfinanzierung als fondsverwaltendes Haus sicherstellt.

In einem weiteren Absatz gehen Sie auf die Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungen ein. Was meinen Sie in diesem Zusammenhang mit „Verwaltungen“? Die Kreisverwaltungen? Unser Landkreis - ich habe 1999 einen Partnerschaftsvertrag geschlossen - arbeitet sehr gut mit dem Partnerlandkreis zusammen. Gleiches gilt für die jeweiligen Stadtverwaltungen. Auch wenn es um grenzüberschreitende Projekte geht, funktioniert die Zusammenarbeit sehr gut.

Schwierig gestaltet sich immer die Frage der Zuständigkeiten in Polen. Es geht nicht immer so schnell; Warschau möchte informiert sein.

Sie schreiben auch, dass „weniger neue Impulse“ benötigt würden. Eigentlich sei alles recht gut.

Wenn ich diese Vorbemerkungen lese, verstehe ich Ihren Antrag umso weniger. Wir können gern über einen solchen Beauftragten philosophieren, aber ich weiß nicht so richtig, welche Aufgabe er haben soll. Warten wir doch erst einmal ab! Unser Ministerpräsident ist Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-polnische Zusammenarbeit. In der nächsten Wahlperiode - vielleicht gibt es dann auch eine Neustrukturierung mancher Häuser -, wenn wir Erfahrungen gesammelt haben, hat es viel mehr Sinn zu prüfen, ob ein solcher Beauftragter eingesetzt werden muss oder ob man eher die vorhandene Struktur stärken sollte.

Ich glaube, auf verschiedenen Ebenen gibt es hervorragende Kooperationen und Zusammenarbeit, vor allen Dingen aus der Zivilgesellschaft heraus. Das kann kein noch so gut strukturierter Polenbeauftragter leisten.

Ich glaube schon, dass wir hier bestimmte Dinge - wie überall - verbessern können. Brandenburg unterhält mit sechs Woiwodschaften und den Marschallämtern vor Ort intensive Beziehungen. Brandenburg ist aktiver Partner im Netzwerk der Oder-Partnerschaft, und Brandenburg hält gemeinsam mit dem Woiwodschaftsamt von Westpommern den Vorsitz im Ausschuss für grenznahe Zusammenarbeit der deutsch-polnischen Regierungskommission für grenznahe und internationale Zusammenarbeit. Ich denke, hier kann man sehr viel bewirken. Hier ist Brandenburg mit seinen Partnern gut aufgestellt. Ich denke, das gilt es sicherzustellen, um auch für die Zukunft gut gerüstet zu sein.

Meine Damen und Herren, nichts ist perfekt; man kann es immer noch besser machen und es kann auch vieles besser werden. Aber ich finde, Ihr Antrag, wenn ich ihn bis zu Ende lese, enthält sehr viel übertriebene Schwarzmalerei. Ich glaube, was

die konkrete Zusammenarbeit mit den polnischen Nachbarn angeht, gibt es aus meiner Sicht überhaupt keinen Grund, einen Polenbeauftragten einzusetzen. Die Stärkung der Partnerschaftsbeauftragten ergibt eher Sinn. Ich glaube, man sollte noch mehr darauf einwirken - auch als Parlament -, sich mit diesen auseinanderzusetzen. Das ist das Gebot der Stunde. Bei den anderen angesprochenen Dingen sollten wir dagegen erst noch abwarten. - Danke.

(Vereinzelt Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Hackenschmidt. - Wir setzen mit dem Beitrag der CDU-Fraktion fort. Frau Abgeordnete Richstein, Sie haben das Wort.

Frau Richstein (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Man merkt doch, dass die Zeit rast und wir dem Anpfiff immer näher rücken. Es wäre trotzdem schön, wenn ich noch begründen könnte, warum wir diesen Antrag ablehnen.

Herr Lipsdorf, ich möchte Ihnen zunächst einmal die Gewissheit geben: Ich verstehe Ihren Antrag. Wir lehnen ihn dennoch - vielleicht sogar gerade deswegen - ab.

(Lipsdorf [FDP]: Das ist eine interessante Philosophie!)

Es ist sehr schön, dass Sie genau auflisten - das sollten wir uns öfter in Erinnerung rufen -, wie positiv sich das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen in den letzten Jahren entwickelt hat. Gerade deswegen bin ich nicht der Auffassung wie Sie, dass wir einen Polenbeauftragten brauchen. Wenn Sie sagen, nur weil ein Brief vom Gesundheitsministerium nicht beantwortet wurde,

(Lipsdorf [FDP]: Das war nur ein Beispiel!)

bräuchten wir einen Partnerschaftsbeauftragten, dann sage ich nein. Denn ich glaube, selbst wenn wir einen Partnerschaftsbeauftragten hätten, wäre dieser Brief nicht vom Gesundheitsministerium beantwortet worden. Das ist einfach der falsche Ansatzpunkt.

Sie schreiben in Ihrer Begründung - was ich positiv finde -, dass die gut funktionierenden Projekte und Initiativen zum größten Teil von der Zivilgesellschaft ausgehen, jedoch weniger unter Mitwirkung von Politik und Verwaltung. Das ist doch gerade der richtige Ansatzpunkt: Wir wollen doch, dass Partnerschaften aus der Zivilgesellschaft heraus entstehen,

(Vereinzelt Beifall CDU)

nicht von oben verordnet und nicht durch Gleichmacherei. Nein, gerade dieser Ansatz sollte von uns gehegt und gepflegt werden. Deswegen brauchen wir keinen Polenbeauftragten und keinen Partnerschaftsbeauftragten, sondern mehr Initiative von unten. Wenn die Politik dabei begleiten kann, wollen wir das gerne tun, aber nicht mittels eines Polen-Beauftragten. - Vielen Dank.

(Beifall CDU sowie vereinzelt FDP)

Vizepräsidentin Große:

Wir kommen nunmehr zum Beitrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Abgeordnete Niels hat das Wort.

Frau Niels (B90/GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrtes Publikum! Dies ist meine letzte Rede als Landtagsabgeordnete. Ich mache einmal etwas, was ich noch nie gemacht habe, nämlich einen ganz kleinen Baustein zur Klärung beitragen im Sinne der Ministerin Tack, da sie heute hier nicht zu diesem Tagesordnungspunkt sprechen kann.

Der besagte Brief, Herr Lipsdorf, wurde beantwortet. Die Zusammenarbeit der polnischen und der deutschen Seite, was die Krankenhäuser angeht, befindet sich im Fluss, um es mit Ihren Worten auszudrücken. Genau weil alles im Fluss ist und wir mit der deutsch-polnischen Zusammenarbeit auf allen Ebenen sehr zufrieden sind - ich habe gehört, dass es heute eine erste deutsch-polnische Streife an unserer Grenze gab -, lehnen wir den Antrag einfach ab. Wir sehen dazu keine Notwendigkeit. Wir hätten uns eher den Tierschutzbeauftragten gewünscht, der von der CDU auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Uns fielen noch ganz viele andere sinnvolle Stellen ein, die wir gerne schaffen würden, aber in diesem Punkt haben wir tatsächlich nicht nachvollziehen können, warum wir hier zustimmen sollten. - Danke fürs Zuhören und einen schönen Abend!

(Beifall B90/GRÜNE sowie vereinzelt bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Niels. - Wir setzen mit dem Beitrag der Landesregierung fort. Herr Minister Christoffers, Sie haben das Wort.

Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Christoffers:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung kann dem Landtag nicht empfehlen, diesen Antrag anzunehmen. Dazu ist bereits mehrfach etwas gesagt worden.

Gestatten Sie mir nur zwei Bemerkungen. Erstens: Die Partnerschaftsbeauftragten unterstehen nicht dem Ministerpräsidenten, sondern das Wirtschafts- und Europaministerium ist der Arbeitgeber. Zweitens: Zu Punkt 2 Ihres Antrages haben wir den Landtag bereits mehrfach informiert. Wir gehen in die Vorfinanzierung für die Projekte in dieser Förderperiode.

Ich nutze die Gelegenheit, aus aktuellem Anlass noch einmal die schwierige Situation zu unterstreichen, die in der Pomerania in Zusammenhang mit der Sperrung der Mittel seitens Mecklenburg-Vorpommerns entstanden ist. Auch dort werden wir in Vorleistung gehen, um sicherzustellen, dass kein Projekt notleidend wird. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Minister Christoffers. - Wir kommen noch einmal zum Beitrag der FDP-Fraktion. Herr Abgeordneter Lipsdorf kann die gewonnenen Erkenntnisse zusammenfassen.

Lipsdorf (FDP):

Ich mache es ebenfalls ganz kurz. - Wie ich erst am Montag erfahren habe, ist der erwähnte Brief nicht angekommen.

Kenntnis darüber, ob ein Netzwerk vorhanden ist, hat das Land nicht. Sind die Netzwerke wirklich alle miteinander verbunden? Hat man Kenntnis, was in dem Land überhaupt läuft? Das wird bezweifelt. Die Zivilgesellschaft jedoch, Frau Richstein, ruft genau danach. Unter Zivilgesellschaft verstehen wir eben die Dinge, die wirklich von unten her geschehen. Diese wollen unterstützt werden - ganz genau. Deshalb brauchen diese Unterstützung durch einen solchen Partnerschaftsbeauftragten hier im Ministerium, einen sogenannten Polenbeauftragten.

Die Frage ist auch: Wer unterhält sich denn mit wem? Natürlich möchte Warschau informiert werden, auch jeder Woiwode möchte informiert werden. Diese brauchen immer äquivalente Gesprächspartner auf der anderen Seite.

Zur Oder-Partnerschaft: Soviel sie hier auch immer wieder gerühmt wurde, gibt es doch ganz enorme Defizite, Frau Hackenschmidt. Fragen Sie einmal die Handwerkskammern; diese werden Ihnen einige Dinge erzählen, an welcher Stelle es klemmt.

Was die Städtezusammenarbeit betrifft: Guben/Gubin ist ein Beispiel dafür, wie es wirklich danebengehen kann, und dafür, wie es, wenn man einmal die Figuren austauscht, langsam wachsen kann. Das zu lenken und zu befördern, dafür wäre in der Staatskanzlei ein entsprechender Beauftragter sehr sinnvoll. Daher bleibe ich dabei: Wir brauchen ihn.

Ansonsten war das auch meine letzte Rede in diesem Landtag. Ich wünsche Ihnen alles Gute und viel Spaß beim Spiel!

(Beifall FDP sowie vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Große:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Lipsdorf. - Wir sind damit am Ende der Aussprache angelangt und kommen zur Abstimmung. Es liegt der Antrag in der Drucksache 5/9182 - Neudruck - vor, gestellt durch die FDP-Fraktion. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit deutlicher Mehrheit abgelehnt worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 13 und rufe **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Einbruchskriminalität in Brandenburg endlich wirksam begegnen!